

# KDFB – INFORMATIONEN 2/2009



## Dokumentation

---

### Pflege

#### 2 **„Pflege kann nur in Netzwerken funktionieren“**

KNA-Interview mit dem Freiburger Pflegewissenschaftler Thomas Klie

#### 4 **„Noten wollen Sicherheit vermitteln, wo es keine gibt“**

KNA-Interview mit der Bremer Gesundheitswissenschaftlerin Annelie Keil

#### 6 **„Pflegebranche bleibt Jobmotor“**

KNA-Interview mit dem pflegepolitischen Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Willi Zylajew (CDU)

### Klimaschutz

#### 8 **Kaum Fortschritte für den Klimaschutz**

KNA-Interview mit der Misereor-Expertin Nicole Piepenbrink zur Bonner UN-Konferenz

### IMPRESSUM

#### **Herausgeber:**

Katholischer Deutscher Frauenbund  
- Bundesgeschäftsstelle -  
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln  
Telefon: (0221) 86092-0  
Fax: (0221) 86092-79  
Email: bundesverband(at)frauenbund.de  
Internet: www.frauenbund.de

#### **Redaktion:**

Gabriele Klöckner  
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

## „Pflege kann zukünftig nur in Netzwerken funktionieren“

### Studie will Gewalt in der häuslichen Pflege vermeiden helfen

Freiburg (KNA) In Deutschland werden derzeit rund 1,4 Millionen alte Menschen von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt. Häufig ohne jede professionelle Hilfe. Überlastung und Überforderungen sind die Folge - bis hin zu körperlicher Gewalt von Betreuern und Betreuten. Der Freiburger Pflegewissenschaftler Thomas Klie will in einer neuen Studie Probleme und Missstände in der häuslichen Pflege aufdecken. Im Interview mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) beschreibt er, wie sich solche Konflikte und insbesondere freiheitseinschränkende Maßnahmen in der häuslichen Pflege künftig vermeiden lassen können.

*KNA: Nach Skandalberichten über Missstände in Pflegeheimen gibt es bundesweit Projekte, um das Fixieren, etwa das Anbinden alter Menschen in Sesseln oder Betten, zu vermeiden. Wie ist die Situation der Pflege in den eigenen vier Wänden aus?*

**Klie:** Die meisten Menschen in Deutschland werden zu Hause gepflegt. Rund 1,4 Millionen allein von ihren Angehörigen. Zu ihrer Lebenssituation gibt es vergleichsweise wenig wissenschaftliche Studien und die Bemühungen um Qualitätssicherung der Pflege dort sind marginal. Wir wissen aus vielen Einzelberichten, dass in Folge von Überlastung und Überforderung auch in häuslichen Pflegesituationen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen gegriffen wird. Alte Menschen werden etwa eingeschlossen oder sogar im Sessel fixiert. Wir wissen von Fehlversorgungen mit Psychopharmaka, um die betroffenen Personen ruhigzustellen. Hierüber wollen wir mit unserer neuen Studie mehr erfahren und Auswege finden. Es geht uns nicht um Verurteilung, sondern im Wesentlichen um das Verstehen.

*KNA: Warum kommt es zu Gewalt an alten Menschen, warum wird ihre Freiheit eingeschränkt?*

**Klie:** Die Hintergründe für Freiheitseinschränkung in der häuslichen Pflege sind häufig nachvollziehbar. Da will ein Sohn verhindern, dass sich sein sturzgefährdeter Vater schwer verletzt. Auch eine Tochter kann man verstehen, die vermeiden will, dass ihrer demente Mutter nachts wegläuft, sich verirrt oder etwa im Winter erfriert. Es ist aber auch manchmal die Scham, oder die Angst, dass Demenzkranke "ihre Würde" verlieren könnten, wenn man sie verwirrt in der Nachbarschaft auffindet. Auch muss man sehen, dass sich in Pflegebeziehungen Aggressionen aufbauen können: Gewalttätig sind nicht nur die Pflegenden, sondern gar nicht so selten auch die Gepflegten.

*KNA: Wozu führen diese sehr belastenden Situationen?*

**Klie:** Es sind meist Krisensituationen, in denen es zu Freiheitseinschränkung kommt. Mit der eigenen Überlastung und Aussichtslosigkeit steigt das Risiko. Heute beträgt die durchschnittliche Pflegedauer eines hoch betagten Menschen acht Jahre. Vor 60 Jahren waren es drei Monate. Was die Pflegenden da über lange Zeiträume leisten, ist erstaunlich. Noch nie wurde so viel, so intensiv und so lange von Familien in Deutschland gepflegt wie heute. Aber es gibt ähnlich wie in der Kindererziehung die Gefährdung des Wohls älterer Menschen. Auch hier gibt es Missstände und zum Teil Missbrauch. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.

**KNA:** *Wie viele Menschen sind betroffen?*

**Klie:** Genaue Zahlen für den häuslichen Bereich gibt es nicht. In Heimen haben wir aber recht präzise Informationen. Bei den etwa 700.000 Pflegebedürftigen, die in Heimen versorgt und betreut werden, werden täglich etwa 300.000 bis 400.000 freiheitsentziehende Maßnahmen angewendet. Und wir haben eine nicht unerhebliche Zahl von Strangulationen mit Todesfolge durch Fixieren in Deutschland zu beklagen.

**KNA:** *Welche Folgen hat eine Fixierung oder das Einschließen für die Betroffenen?*

**Klie:** Zwangsmaßnahmen sind mit psychischen Leiden verbunden, mit einem Verlust des Selbstwertgefühls und der Selbstbestimmung. Menschen leben in Angst. Körperlich besteht die Gefahr der Verkürzung von Muskeln oder Sehnen. Bewegungsarmut schränkt insgesamt den Gesundheitsstatus erheblich ein. Depressionen sind eine häufige Folge, auch soziale Isolation. Häufig machen es sich diejenigen, die zu Zwangsmaßnahmen greifen, gar nicht bewusst, welche Folgen das für die Betroffenen hat. Sie folgen einem Bild von Fürsorge, das weder fachlich noch rechtlich tragfähig ist: Hauptsache sicher.

**KNA:** *Wie geht Ihre Studie vor, was kann sie leisten?*

**Klie:** Wir sichten die schon vorhandene internationale wissenschaftliche Literatur und arbeiten parallel mit den Medizinischen Diensten der Krankenkassen zusammen, die bei Begutachtungsgesprächen in Pflegehaushalten nach freiheitsbeschränkenden Maßnahmen fragen sollen. Kooperation gibt es auch mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Schließlich werden wir in mehreren Landkreisen selbst an die Akteure der häuslichen Pflege herangehen, also an Alte, pflegende Familien oder Ärzte, aber auch an die Polizei.

**KNA:** *Was ist das Ziel Ihrer auf drei Jahre angelegten Studie?*

**Klie:** Wir wollen erfahren, wie verbreitet Phänomene von Zwangsmaßnahmen in der häuslichen Pflege sind. Wir wollen in Kontakt mit den Betroffenen treten. Es muss darum gehen, Hilfe- und Pflegearrangements ähnlich wie in der Kinder- und Jugendhilfe als Ganzes anzusehen und mit den Betroffenen neue Lösungen zu erarbeiten. Wir sind zuversichtlich, dass das gelingen wird. Es geht auch um den Einsatz von Technik: Hüftprotektoren, die schwere Sturzverletzungen verhindern können, Sensormatten, die Signale geben, wenn eine gefährliche Situation eingetreten ist oder droht. Wir hoffen, auf eine Vielzahl von Maßnahmen zu kommen, die freiheitsentziehende Maßnahmen überflüssig machen und die wir dann breit kommunizieren können.

**KNA:** *Wie soll das funktionieren, da es immer mehr alte Menschen gibt und die Zahl der alleine und sozial isoliert lebenden Pflegebedürftigen stetig wächst?*

**Klie:** Meine Überzeugung ist, dass wir vor dem Hintergrund des demografischen, aber auch des sozialen Wandels mit immer mehr alten Menschen und immer mehr allein lebenden Pflegebedürftigen die pflegerische Versorgung neu denken müssen: sowohl sozialpolitisch als auch in unseren Quartieren. Pflege wird man in Netzwerken organisieren. Angehörige sind weiter gefragt, sie brauchen aber die Unterstützung von professionellen Helfern sowie von Nachbarn und Ehrenamtlichen. Wir müssen uns zu einer neuen Kultur der gegenseitigen Sorge bekennen, in der es nicht um „Pflegefälle“ geht - allein diese Vokabel ist in gewisser Weise schon gewalttätig - sondern um Menschen, deren Alltag unter Bedingung von Pflegebedürftigkeit und Demenz gelingen möge.

*(Von Volker Hasenauer / KNA – 7. Juli 2009)*

## „Noten wollen Sicherheit vermitteln, wo es keine gibt“

### Gesundheitswissenschaftlerin über Altenpflege-Benotungssystem

Ab diesem Sommer erhalten Pflegeheime und ambulante Pflegedienste in Deutschland Schulnoten, damit die Bundesbürger sich über die Qualität der Angebote informieren können. Die Bremer Gesundheitswissenschaftlerin Annelie Keil sieht diese Art von Qualitätsbeurteilung indes mit Skepsis. Im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) spricht die emeritierte Professorin für Sozialpädagogik über Zensuren, Pflegeskandale und den Umgang mit dem Alter.

*KNA: Ab diesem Sommer werden Heime und ambulante Pflegedienste mit Schulnoten bewertet. Können Angehörige damit sicher sein, dass sie betagte Menschen in gute Hände geben?*

**Keil:** Bewertungen halte ich für unverzichtbar. Aber man muss sich nur mal selbst fragen: Was haben meine Schulnoten über mein Leben ausgesagt? Das ist sicher nicht nichts. Aber wohl kaum jemand fand seine Schulnoten immer gerecht. Noten wollen Sicherheit vermitteln, wo es keine gibt. Die medizinische und fachliche Dienstleistung kann ich bepunkten. Aber wir wissen inzwischen, dass die menschliche Versorgung mindestens fünfzig Prozent der Pflege ausmacht. Wenn hinter den Schulnoten das Menschenbild kaum zu erkennen ist, werden sie zu Schlagstöcken und Beruhigungspillen im Zertifizierungswahn.

*KNA: Kritiker meinen, das Notensystem sei ein politischer Schnellschuss, der die Empörung über Skandalberichte aus der Pflege beruhigen soll. Teilen Sie diese Ansicht?*

**Keil:** Das ist eine Aufregungspolitik, die kein kontinuierliches Interesse an dem Thema hat. Sicher sind die Skandale in der Pflege zu lange verdeckt worden. Jetzt wird mit schnellen Überaktivitäten reagiert. Viele der Bewertungskriterien sind Selbstverständlichkeiten. Trotz mancher

Skandale muss ich im Gesundheitswesen doch auf die Einhaltung von Vorschriften vertrauen können. Hinter der Aufregung verbirgt sich, dass die Gesellschaft ihr schlechtes Gewissen abreagiert, indem sie die Altenpflege an den Pranger stellt. Es wird nach Profis und nach dem Staat geschrien, dabei ist der Umgang mit dem Alter eine zivilgesellschaftliche Aufgabe.

**KNA:** *Was läuft denn falsch im Umgang mit dem Alter?*

**Keil:** Schwäche wird in unserer Gesellschaft als Versagen gesehen. Deswegen gilt Älterwerden als Problem, als Schande. Wenn jemand sagt: "Ich will lieber sterben, als anderen zur Last fallen", dann hat er etwas falsch verstanden. Das Leben ist ein Wechsel von Geben und Nehmen, Autonomie und Abhängigkeit. Leben im Heim wird als Defizit gesehen: Ist da kein anderer, der sich kümmern könnte? In völliger Verkennung der soziologischen Daten glaubt man, es müsste die Norm sein, in der eigenen Familie alt zu werden. Aus dem Notensystem spricht dieses grundlegende Misstrauen gegenüber Heimen. Dabei ist es nicht automatisch so, dass Kinder ihre Eltern gut pflegen. Die Verstrickung in die Familiendynamik kann auch ein Hindernis sein.

**KNA:** *Sie sind nicht grundsätzlich gegen eine Bewertung der Pflege. Was müsste Ihrer Meinung nach erfasst werden?*

**Keil:** Die Betroffenen selbst sind überhaupt nicht einbezogen worden. Dabei gibt es Zufriedenheitsstudien, die darüber Auskunft geben, was Menschen sich wünschen. Auch die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter ist aussagekräftig. Wir wissen heute, wie sehr sie auf die Qualität der geleisteten Arbeit zurückwirkt. Es wird in dem Katalog ständig auf die „vereinbarte Leistungserbringung“ verwiesen. Eine Mitarbeiterin eines ambulanten Pflegedienstes sagte mir einmal: „Wir haben alle einen Waschwang.“ Mir wäre lieber, sie würde die drei Minuten, die für das Waschen vorgesehen sind, statt dessen mit dem Pflegebedürftigen reden, wenn sie sein Bedürfnis danach spürt. Die Vereinbarung müsste sich an den Bewohner anpassen, nicht umgekehrt.

**KNA:** *In die Note soll auch eine Befragung zufällig ausgewählter Bewohner einfließen. Ist das ein Weg, die Anliegen der Betroffenen zu berücksichtigen?*

**Keil:** Dabei wird nicht viel herauskommen. Die Leute sind ja von den Pflegenden abhängig. Besser könnte man sich angucken: In was für einer Atmosphäre frühstücken die Leute? Können sie die Musik hören, die sie mögen? Oder man lässt die Leute einfach erzählen: Wie war der Tag heute?

**KNA:** *Wenn die Noten nur bedingt aussagekräftig sind - woran könnte man sich orientieren, wenn man für einen pflegebedürftigen Angehörigen einen Heimplatz sucht?*

**Keil:** Man sollte sich einige Häuser angucken und sich dabei fragen: Was braucht meine Mutter? Fühlt sie sich in der Stadt oder auf dem Land wohler? Welches Milieu spricht sie an? Ein Doppelzimmer kann auch eine Erlösung sein für einen Menschen, der einsam war.

*(Von Annedore Beelte / KNA – 12. Juni 2009)*

## „Pflegebranche bleibt Jobmotor“

**CDU-Experte rechnet mit vielen Pflegekräften aus Osteuropa**

Die Pflegebranche bleibt nach Ansicht des pflegepolitischen Sprechers der Unionsfraktion im Bundestag, Willi Zylajew (CDU), auf Dauer ein Jobmotor in Deutschland. Sie müsse sich allerdings darauf einstellen, dass ab Mai 2011 Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU nach Deutschland kämen, sagte der CDU-Politiker am Freitag der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Berlin.

**KNA:** *Herr Zylajew, die Pflegebranche ist ein Jobmotor in Deutschland. Wird sich das noch verstärken?*

**Zylajew:** In der Pflege gibt es derzeit rund 800.000 Arbeitskräfte. Das entspricht einer Steigerung von 30 Prozent seit Ende der 90er Jahre. Und die Bedeutung der mittelständisch orientierten Branche wird noch weiter wachsen. Schätzungen gehen teilweise von einer Verdreifachung der Beschäftigungsverhältnisse bis 2050 aus. Eine Verdreifachung der Zahl der Plätze in Heimen und im betreuten Wohnen auf bis zu zwei Millionen scheint ebenfalls nicht unwahrscheinlich.

**KNA:** *Gute Zukunftsaussichten für Pflegekräfte also?*

**Zylajew:** Ja natürlich. Der Fachkräftemangel wird sich verschärfen; für viele Pflegeeinrichtungen wird es schwieriger, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Bundesweit sind rund 17.000 offene Stellen im Bereich von Altenpflege, Sozialarbeit und Erziehern und rund 16.000 offene Stellen im Bereich Krankenpflege und Sprechstundenhilfe gemeldet. Dies entspricht Steigerungsraten von 70 beziehungsweise 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

**KNA:** *Ab Mai 2011 öffnet sich der Pflegemarkt für Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Das dürfte die Situation wieder verändern...*

**Zylajew:** Ab dann haben Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn freien Zugang auf den deutschen Arbeitsmarkt. Zwei Jahre später gilt dies auch für Bulgarien und Rumänien. Arbeitskräfte aus diesen Ländern könnten natürlich die Lücke bei den Pflegekräften schließen. Manche deutschen Personalagenturen und Anbieter schauen schon heute offen oder verdeckt auf dieses Potenzial, schalten Werbung, bieten Deutschkurse an oder denken darüber nach, wie sie schon jetzt Pflegekräfte in diesen Ländern für den deutschen Markt ausbilden können.

**KNA:** *Gibt es Schätzungen, wie viele Pflegekräfte dann nach Deutschland kommen?*

**Zylajew:** Das kann man nicht voraussagen. Wenn Sie aber sehen, dass Pflegekräfte etwa in Polen zwischen 270 und 600 Euro und in Lettland um 290 Euro monatlich verdienen, dann ist ein deutscher Verdienst von 1.800 bis 2.500 Euro sehr attraktiv. Viele dieser Pflegekräfte sind darüber

hinaus sehr gut ausgebildet, gerade was nicht-technische Behandlungsverfahren angeht. In Tschechien etwa gibt es einen Master-Studiengang für Pflegekräfte.

**KNA:** *Was heißt das für den deutschen Pflegemarkt? Befürchten Sie einen wachsenden Lohn-  
druck?*

**Zylajew:** Dafür gibt es Tarifverträge, die hoffentlich einen Fahrstuhleffekt nach unten verhindern. Allerdings arbeiten ja schon heute zwischen 80.000 und 90.000 sogenannte Hauswirtschaftskräfte aus Polen in Deutschland, die auch mehr Pflegeaufgaben übernehmen.

**KNA:** *Wie soll Deutschland auf die Entwicklung reagieren?*

**Zylajew:** Wenn wir die Chancen für den deutschen Arbeitsmarkt nutzen wollen, ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen notwendig: Wir müssen auf die guten Zukunftsaussichten in der Pflege hinweisen und gleichzeitig das Image der pflegerischen Berufe verbessern, damit mehr junge Menschen sich für einen beruflichen Einstieg entscheiden. Auch die Pflegekräfte selber dürfen ihren Beruf nicht immer so schlecht reden, wie sie das teilweise heute tun. Gleichzeitig müssen wir mehr deutsche Pflegekräfte ausbilden und die Ausbildung weiterentwickeln, um den Bedarf zu decken.

*Von Christoph Arens (KNA – 5. Juni 2009)*

Klimaschutz

## „Kaum Fortschritte für den Klimaschutz“

### Misereor-Expertin zu Bonner UN-Konferenz

In Bonn ist Mitte Juni die zweite Runde der UN-Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz zu Ende gegangen. Die Gespräche kamen allerdings nur schleppend voran, sagt Nicole Piepenbrink vom katholischen Hilfswerk Misereor. Die Referentin für Klimawandel und Ernährungssicherheit erläuterte im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Aachen Versäumnisse der EU und Gefahren für die Entwicklungsländer.

*KNA: Frau Piepenbrink, was ist bei den Verhandlungen in Bonn erreicht worden?*

**Piepenbrink:** Nicht viel. Die Verhandlungen sind nur schleppend vorangekommen. Es wurden kaum konkrete Ergebnisse erzielt; viele Entscheidungen sind stattdessen auf die kommenden Monate verschoben worden. Das ist sehr bedauerlich, weil uns die Zeit bis zur Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember langsam davonläuft.

*KNA: Wo lagen die Schwierigkeiten?*

**Piepenbrink:** Die Länder haben sich gegenseitig blockiert. Ein Beispiel: Die EU hat angekündigt, bis 2020 ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 20 Prozent zu reduzieren, und, falls andere Industriestaaten ihrem Beispiel folgen, sogar um 30 Prozent. Japan hingegen hat für diesen Zeitraum nur eine Reduzierung um acht Prozent angeboten. So kommt man nicht weiter. Außerdem hat die EU, die bisher in Sachen Klimaschutz häufig eine Vorreiterrolle einnahm, keine konkreten Zusagen für eine finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer genannt. Ohne eine solche Unterstützung aber können diese armen Länder sich nicht an den Klimawandel anpassen und keinen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

*KNA: Was hätte aus Ihrer Sicht erreicht werden müssen?*

**Piepenbrink:** Das Ziel muss eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Industrienationen um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 sein. Nur dann kann die Erderwärmung langfristig unter zwei Grad gehalten werden. Dieses Ziel ist bisher nicht erreicht worden. Es bleibt zu hoffen, dass sich daran in den noch folgenden Verhandlungen bis Dezember etwas ändert.

*KNA: Was können Nichtregierungsorganisationen wie Misereor bei solchen Konferenzen ausrichten?*

**Piepenbrink:** Wir haben hier natürlich nur einen Beobachterstatus, können also nicht unmittelbar mitverhandeln. Unsere Aufgabe ist es jedoch, die Delegierten am Rande der Verhandlungen im-

mer wieder darauf hinzuweisen, wie dramatisch die Situation in den Entwicklungsländern mittlerweile schon geworden ist. So haben wir etwa zusammen mit unserem Dachverband katholischer Entwicklungshilfeorganisationen in Europa und Nordeuropa (CIDSE) eine Live-Übertragung aus dem südostafrikanischen Malawi organisiert, wo sich derzeit Vertreter von Nichtregierungsorganisationen mit den Folgen des Klimawandels befassen. Die Stellungnahmen unserer Partner bekamen die Delegierten dann auf den Tisch.

**KNA:** *Welche Auswirkungen hat denn der Klimawandel für Entwicklungsländer?*

**Piepenbrink:** Nach neuesten Schätzungen sterben schon jetzt jährlich 300.000 Menschen durch die Folgen der Erderwärmung, die überwiegende Mehrzahl in Entwicklungsländern. Für Afrika etwa sagt der Weltklimarat einen Rückgang der Ernte auf Feldern ohne künstliche Bewässerung um 50 Prozent bis 2020 voraus. Hunger und Unterernährung sind die Folge. Diese Zahlen zeigen deutlich: Die Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, leiden schon jetzt am meisten unter seinen Auswirkungen.

*(Von Thomas Jansen / KNA – 12. Juni 2009)*